

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Verkaufspreis monatlich 2,- RM. Einzelnummern 10 Kpf. Alle Postanfragen, Bestellungen und Abonnements nehmen zu jeder Zeit die **Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend** entgegen. Im Krieg oder sonstiger Verhältnisse besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abgabe des Bezugspreises. — Abkündigung eingetragener Geschäftsstellen erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Angabe des Wilsdruffer Tagesblattes: die 6seitige Sonntagsausgabe 20 Kpf., die 4seitige Sonntagsausgabe der amtlichen Bekanntmachungen 40 Kpf., die 2seitige Sonntagsausgabe der amtlichen Bekanntmachungen 20 Kpf. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Der Verleger: Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostzen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 241 — 91. Jahrgang      Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postbez.: Dresden 2640      Donnerstag, den 13. Oktober 1932

## Papens Pläne.

Überraschenderweise ist der Kanzler in seiner Münchener Rede weit über die Andeutungen hinausgegangen, die bisher von ihm oder dem Reichsinnenminister über die Reichsreformpläne gemacht worden sind; in großer Ausführlichkeit wurde jetzt durch Herrn von Papen dargelegt, wie der entsprechende Gesetzesentwurf aussehen soll, den der neuwählende Reichstag bei seinem Zusammentritt bereits vorfinden wird. Wenn diese Pläne einer Reichsreform gewiß politisch ein recht großes Interesse erzeugen werden, so berührt doch im Augenblick vielleicht noch mehr, was der Kanzler zu den wirtschaftlichen Tagesproblemen in München gesagt bzw. nicht gesagt hat. Denn schließlich gilt immer noch die leidige Variation eines lateinischen Sprichwortes: Erst kommt es darauf an, leben zu können, und dann zu politisieren. Bei seinen Ausführungen über die wirtschaftlichen Hintergründe der politischen Forderungen Deutschlands nach Gleichberechtigung und nationaler Sicherheit sagte der Kanzler durchaus zu Recht, unser Handel mit dem Auslande könne nicht gedeihen, wenn der deutsche Staat dort nicht das gleiche Ansehen genießt wie jeder andere, und kein Ausländer werde sein Kapital anlegen in einem Lande, das dem Zugriff der Nachbarn schutzlos preisgegeben ist. Für diesen Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft hätte der Kanzler übrigens noch ganz besondere Kronzeugen anführen können, jene Baseler Sachverständigen nämlich, die vor nunmehr bald einem Jahre in ihrem Bericht mit vorsichtigeren, aber doch durchaus verständlichen Worten das gleiche gesagt haben wie jetzt der deutsche Reichskanzler. Das Ausland hat eine fürchterliche Attade auf den deutschen Kredit und die deutsche Währung geritten und uns dabei fast zu Boden gestreckt. Was blieb, war ein ebenso unerhörtes Mißtrauen kreditpolitischer Art gegen uns, das nun seit mehr als Jahresfrist allmächtig und in mühseliger Arbeit, leider auch unter ständiger Gefahr des Rückfalls, von uns überwunden werden muß.

Wieder wies der Kanzler darauf hin, daß zum mindesten Ansätze dafür da sind, eine allmähliche Überwindung des allgemeinen Mißtrauens in der Welt herbeizuführen. Man waagt zu hoffen, waagt sogar diese Hoffnung auszusprechen, ohne mehr befürchten zu müssen, daß man deswegen nur verzweifelten Spott oder spöttische Verneinung auslöst.

Von ganz unmittelbarer wirtschaftlicher Bedeutung sind nun aber die Ausführungen des Kanzlers zur Handelspolitik, die ja zur Zeit eine Schwelung, vielleicht auch eine Krise durchläuft. Herr von Papen wiederholt in München seine Ablehnung eines grundsätzlichen Antarkiegedankens, betont andererseits die Notwendigkeit, Notstandsmaßnahmen zum Schutze unserer Landwirtschaft zu treffen, erkennt aber den Zwang an, nicht auf weltwirtschaftliche Beziehungen Deutschlands zu verzichten, sondern jede Arbeitsgelegenheit, die uns der Auslandsmarkt noch bietet, auszunutzen. Dann folgt eine wirtschaftspolitisch ganz außerordentlich wichtige, grundsätzliche Erklärung: Die ganze deutsche Kontingentierungspolitik kann von den Staaten, die an der Einfuhr nach Deutschland interessiert sind, ohne weiteres „überflüssig gemacht werden dadurch, daß ein fühlbarer Abbau des industriellen Protektionismus, also der Hochschutzhölle oder gar der Einfuhrverbote auf Industriewaren, erfolgt“. Der Kanzler bekennet sich dazu, daß eine wirklich bedeutende Erweiterung der Abnahmefähigkeiten für deutsche Industrieerzeugnisse im Ausland wenigstens einem Teil unserer arbeitslosen Arbeit geben und sich dadurch die Kaufkraft unserer Arbeiterklasse wieder steigern lassen würde. Daraus wieder würde sich ein Anwachsen der Aufnahmefähigkeit Deutschlands für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse ergeben. Unsere Kontingentierungspolitik habe also nicht zuletzt einen Verteidigungscharakter. Ob sich die Erkenntnis, daß der Wirtschaftskrieg aller gegen alle der Hintergrund unserer furchtbaren Weltwirtschaftskrise ist, nun auch überall praktisch durchsetzen wird bis zu dem Tage, an dem die Weltwirtschaftskonferenz zusammentreten soll, kann man heute höchstens hoffen. Auch der Kanzler tut es und bringt dies zum Ausdruck. Es ist daher bedeutungsvoll, wenn gerade jetzt der Reichskanzler darauf hinweist, daß man, um gehoben zu können, weltwirtschaftlich wieder zusammenkommen und vertrauensvoller zusammenarbeiten müsse.

## Neurath kommt vorläufig nicht nach Genf.

Reichsaußenminister von Neurath hat dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz durch ein Mitglied der deutschen Abordnung mitgeteilt, daß er infolge der Einladung zur Londoner Konferenz und der dadurch geschaffenen Lage seine bereits getroffenen Dispositionen nicht ändern könne und deshalb nicht nach Genf kommen werde. Diese Mitteilung ist in Verantwortung der Frage erfolgt, die Henderson vor einigen Tagen durch den Führer der deutschen Abordnung, Generalen von Rosenburg, übermitteln ließ.

# „Für ein neues besseres Deutschland!“

## Ziele und Wege neuer Reichspolitik.

Der Reichskanzler über die Neuordnung des Staats- und Wirtschaftslebens.

Reichskanzler von Papen sprach in München auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung des bayerischen Industriellenverbandes. Nach Worten des Dankes für die Einladung betonte er, daß Nord und Süd untrennbar zusammengehörten. Keiner sei unter uns, dem nicht die deutsche Einheit das höchste und heiligste Gut wäre. Der Kanzler fuhr dann u. a. fort: Die Höhe des Reiches in seiner Weltgeltung wieder zum Ausdruck zu bringen, ist die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung. Weil wir den Frieden wollen, fordern wir die Grundrechte der Freiheit und Gleichberechtigung. Was bedeutet das Abrüstungsproblem für die Wirtschaft? Wir fordern gleiches Recht und gleiche Sicherheit wie alle anderen Völker. Wer wird Kapital anlegen in einem Lande, das dem Zugriff seiner Nachbarn schutzlos preisgegeben ist? Unser Ziel ist ein friedliches Europa, das geordnet ist nach den ewigen Gesetzen der Gerechtigkeit und Selbstbestimmung der Völker.

## Das Wirtschaftsprogramm.

der Reichsregierung hat, das kann ich ohne Übertreibung sagen, in den Kreisen der Wirtschaft in seinem grundsätzlichen Teil einen starken und zutimmenden Widerhall gefunden. Das schließt natürlich nicht aus, daß einzelne Teilgebiete dieses Programms kritisch beurteilt werden. Was immer man an diesem Programm in einzelnen auch kritisch auszusprechen haben mag, es hat jedenfalls der Wirtschaft schon in den ersten drei Wochen seiner Laufzeit eine fühlbare psychologische und materielle Entspannung gebracht.

Es hat Arbeit und Brot geschaffen, und wir stehen doch erst am Anfang der Möglichkeiten, die sich aus dem Programm ergeben sollen.

## Zur Handelspolitik

Kann ich nur das in München Gesagte wiederholen. Den Gedanken einer grundsätzlichen Autarkie lehnt die Reichsregierung ab. Deutschland muß jede Arbeitsgelegenheit ausnützen, die ihm der Auslandsmarkt heute noch bietet. Aber diese Erkenntnis darf nicht Notstandsmaßnahmen zur Erhaltung der Lebensfähigkeit der Landwirtschaft hindern. Es gibt ein Mittel für die an der Einfuhr nach Deutschland interessierten Staaten, die deutsche Kontingentierungspolitik überflüssig zu machen, nämlich für einen fühlbaren Abbau des industriellen Protektionismus in der Welt Sorge zu tragen. Wenn die Welt bereit ist, in größerem Umfang deutsche Industrieerzeugnisse aufzunehmen, wird die Kaufkraft unserer Arbeiterklasse steigen und die Aufnahmefähigkeit für landwirtschaftliche Erzeugnisse wieder wachsen. Man ist so weit gegangen, aus dem

## sozialpolitischen Teil des Regierungsprogramms

auf eine besondere Arbeiterfeindschaft der Reichsregierung zu schließen. Wir verteilen keine „Milliardengeschenke“

an die Unternehmer, sondern wollen nur möglichst vielen Millionen von Arbeitslosen wieder Arbeits- und ausreichende Existenzmöglichkeiten schaffen. Alles, was den Unternehmerteil im Lande stärkt und zur Geschäftsbelebung führt, ist Sozialpolitik im



Kranzniederlegung am Münchener Ehrenmal.

Reichskanzler von Papen begibt sich zum Ehrenmal vor dem Armeemuseum, um am Grabe des deutschen Kriegesgefallenen einen Kranz niederzulegen. Mit ihm sind Minister Stübel und Reichherr von Lersner.

fruchtbarsten Sinne des Wortes. Von „Systemen“ kann niemand satt werden. Die so stark kritisierte Ermächtigungsverordnung soll die sozialen Einrichtungen leistungsfähiger gestalten.

Für den Winter hoffen wir, in der Arbeitslosenhilfe die Unterstützungssätze erhöhen zu können. Über das hier mögliche Maß wird zur Zeit beraten. In der Krankenversicherung sollen Bindungen, die die frühere Reichsregierung den Versicherungsträgern bei den freiwilligen Mehrleistungen auferlegt hat, gelodert werden. Auch ist geplant, in der Rentenversicherung zunächst in beschränktem Umfang anstelle eines Teiles der früher abgebauten Leistungen freiwillige Mehrleistungen zuzulassen. Die Reichsregierung prüft auch, ob für die Kriegsbeschädigten und ihre Hinterbliebenen die Gewährung von freiwilligen Mehrleistungen erleichtert werden kann.

Aufgabe der Sozialpolitik ist es, dort, wo die sozialen Bedürfnisse es verlangen, die Härten auszugleichen, die eine freie Wirtschaft mit sich bringt.

In ihrer ersten Erklärung hat die Reichsregierung den Satz geprägt, daß der Wohlfahrtsstaat oder — wie ich unmißverständlich sagen möchte —

## der Versorgungsaustaat,

so wie er in den letzten Jahren geworden ist, die moralischen Kräfte der Nation zu schwächen drohe. Die heftige Kritik dieses Satzes geht von völlig falschen Voraussetzungen aus. Wir sind der Ansicht, daß die Gesetzgebung des letzten Jahres in einem viel zu hohen Maße den Arbeitgeber aller Grade von der wichtigen Pflicht entlastet hat, zu allererst für den Arbeitnehmer zu sorgen. Gerade indem der Marxismus planmäßig die Wirtschaft durch untragbare Lasten zerrüttet hat, ist er der Hauptschuldige an dem Zusammenbruch der sozialen Einrichtungen.

An die Stelle des marxistischen Begriffs der staatlich reglementierten Fürsorge setzen wir den einer wahren christlichen Volksgemeinschaft.

Das schwere Werk, die deutsche Volkswirtschaft wieder zu neuem Aufstieg zu führen, kann nicht ohne das Vertrauen des Volkes gelingen. Die ungeheuren Leistungen des einzelnen und des Volkes, wie z. B. Überwindung der Banken- und Kreditkrise berechnen zu Vertrauen. Es ist klar, daß jede Besserung nur etappenweise erreicht werden kann. Jahre angestrengtester Arbeit und größter Sparsamkeit liegen vor uns.

## Die Weimarer Verfassung

hat in einer Periode von dreizehn Jahren gezeigt, daß sie stetige Verhältnisse nicht schaffen konnte. Alle unsere großen Parteien sind in der Reformbedürftigkeit der Verfassung einig.

Ich stimme auch dem Herrn Staatsrat Schäffer zu, daß die Periode der Gesetzgebung durch den Artikel 48 einmal abgeschlossen werden muß. Das kann aber nur durch ein Verfassungswerk geschehen, das das Verhältnis zwischen Staat und Volk und zwischen Reichsgewalt und Ländern in klarer Erkenntnis der Notwendigkeiten der Zukunft, in Würdigung der historischen Staatspersönlichkeiten neu bestimmt.

An den großen Grundgesetzen, die der Teil II der Weimarer Verfassung enthält, soll man nicht rütteln, aber die Formen des politischen Lebens gilt es zu erneuern und den Bedürfnissen des Volkes anzupassen. Die Reichsregierung muß unabhängiger von den Parteien gestellt werden.

Die Regierung und nicht das Parlament muß die Staatsgewalt handhaben. Als Gegengewicht gegen einseitige, von Parteiinteressen herbeigeführte Beschlüsse des Reichstages bedarf Deutschland einer besonderen Ersten Kammer mit fest abgegrenzten Rechten und starker Beteiligung an der Gesetzgebung.

Heute ist das einzige Korrektiv gegen das überspizte parlamentarische System die Verordnungs Gewalt auf Grund des Artikels 48. Es ist beabsichtigt, die Verfassungsreform in engem Einvernehmen mit den Ländern durchzuführen. Die Reichsregierung lehnt jede Maßnahme ab, die eine Verschlagung Preussens bedeutet. Das Schwerkrieg der Reichsreform muß in der Beseitigung des Dualismus Reich-Preußen

liegen. Im Zusammenhang mit der Herstellung einer organischen Verbindung zwischen Reich und Preußen wird es durchaus möglich sein, den übrigen Ländern die Verfassungsautonomie zu gewähren. Die Reichsregierung wird den Verfassungsentwurf so fertigstellen, daß der neue Reichstag ihn bei seinem Zusammentritt vorfindet. Möge er beweisen, daß er dieser großen Aufgabe gewachsen ist.

Die Väter der Weimarer Verfassung haben in der Institution des Reichspräsidenten eine zugleich demokratische und autoritäre Gewalt geschaffen — die einzige, die sich heute auf eine Mehrheit des Volkes stützen kann. Mit